ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Das Ereignis des Monats

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1955) : Das Ereignis des Monats, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 6, pp. 319-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132097

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das britische Wahlergebnis in wirtschaftlicher Beurteilung

London, den 8. Juni

Es ist vielleicht das wichtigste Ergebnis der britischen Parlamentswahlen, daß sie eine erneute Bestätigung für die außerordentliche parteipolitische Stabilität des Landes erbrachten. Der „schwankende Wähler", der angeblich das Zünglein an der Waage bildet, hat sich bei diesen Wahlen endgültig als Mythos entlarvt. Die beiden großen Parteien stellen solide, etwa gleich starke Blocks dar. Der Ausgang von Unterhauswahlen hängt daher von ihrer Fähigkeit ab, ihre Anhänger zur Wahlurne zu bringen, und nicht davon, ob sie im letzten Augenblick dem Rivalen einige Stimmen abspenstig machen.

Bei den letzten Wahlen waren die Konservativen in dieser Hinsicht erfolgreicher, nicht nur weil ihre Parteimaschine besser arbeitete und ihre Opponenten noch an internen Zwistigkeiten mit dem Bevan-Flügel kranken, sondern vor allem, weil sie ihren Wählern auch ohne Sir Winston Churchill ein arbeitsfähiges und praktisch erprobtes Kabinett vorstellen konnten, während es Labour an Persönlichkeiten, Selbstvertrauen und Zusammenspiel fehlt. Wahlprogramme und öffentliche Auseinandersetzungen über strittige Fragen spielten demgegenüber keine Rolle. Die meisten Wähler beurteilen Regierungen nach ihrem eigenen Wohlergehen und fanden an der konservativen Politik wenig auszusetzen. Viele Labour-Wähler blieben deshalb zu Hause. Dabei konnte die Arbeiterpartei aber die Wahlunlust ihrer Anhänger gerade in den hart umkämpften Wahlkreisen, in denen es auf die letzte Stimme ankommt, noch am besten überwinden mit dem — durchaus erwünschten — Resultat, daß eine ganze Reihe von Sitzen im neuen Unterhaus mit geringer Mehrheit gehalten werden, also bei der nächsten Gelegenheit wieder in andere Hände übergehen können.

Das sollte die Konservativen auf lange Sicht zur Vorsicht mahnen. Gleichzeitig haben sie aber dank dem britischen Wahlsystem, das ein kleines Stimmenübergewicht in eine verhältnismäßig große Parlamentsmehrheit verwandelt, eine durchaus sichere Stellung im neuen Unterhaus, was man vom alten nicht sagen konnte. Nachdem England fünf Jahre lang mit unsicheren Mehrheiten regiert worden ist, hat sich das Land nun, den parlamentarischen Spielregeln zufolge, eindeutig, wenn auch nicht überwältigend, für die Konservativen entschieden. Diese können also, zumindest für die nächsten zwei oder drei Jahre, auch drastische und unpopuläre Maßnahmen ergreifen, ohne befürchten zu müssen, daß diese ihnen die nächsten Wahlen kosten werden.

An Gelegenheit für drastische Handlungen fehlt es nicht, vor allem im Arbeitssektor, auf dem Streiks und Streikdrohungen in einigen Wirtschaftszweigen fast chronisch geworden sind. Selbst wenn der direkte Produktionsverlust gewöhnlich gering ist, so beunruhigt die Verantwortungslosigkeit, mit der kleinere Gewerkschaften oft aus trivialen Gründen ohne Rücksicht auf bestehende Verhandlungs- und Vermittlungsmöglichkeiten zur Streikwaffe greifen. Die Regierung kann auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung und der zentralen Gewerkschaftsorgane und die wohlwollende Neutralität der Labour-Führung rechnen, wenn sie diesem Übel zu Leibe rückt. Eine nachhaltige Bereinigung der Streiksituation erfordert jedoch eine klare und gerechte Lohnpolitik, an der es die Konservativen haben fehlen lassen, seitdem sie die nur zeitweilig erfolgreiche Politik des Lohn- und Preisstops der Labour über Bord warfen. Ihr Wahlaufruf enthielt das Versprechen, daß jeder eine Chance haben sollte, „mehr zu verdienen und mehr zu besitzen". Aber wie das in die Praxis übertragen werden soll, ohne neue Unruhe zu schaffen und der schleichenden Inflation neuen Auftrieb zu geben, wurde nicht gesagt.

Das Anstiegstempo von Preisen und Lebenshaltungskosten hat sich erfreulicherweise im letzten Jahr verlangsamt. Die Regierung muß einen weiteren Preisauftrieb zu verhindern suchen — im Interesse des Ausfuhrhandels und der Zahlungsbilanz, wenn nicht aus Rücksicht auf den Lohn- und Gehaltsempfänger. Sie kann es durch Steuer- und Zinssenkungen, mäßigende Einwirkung auf private und öffentliche Monopole und Kartelle, Einschränkung unrentabler Produktion in der Landwirtschaft, Rationalisierung des Verkehrs, Unterstützung produktionsfördernder und -verbilligender Investitionen und Abbau der noch verbliebenen Reste der Bewirtschaftung. Alle diese Maßnahmen dürften, soweit möglich, ins Spiel gebracht werden. Wichtiger erscheint den Konservativen aber die Schaffung eines günstigen Wirtschaftsklimas durch stetige Expansion des Produktions- und Handelsvolumens in freiem Wettbewerb und Wagnis.

Neuerscheinung

SCHRIFTEN DES
HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

Dr. Clodwig Kapferer

Unabhängige technische Beratung

ihre Bedeutung für die Erschließung unterentwickelter Gebiete und für die deutsche Ausfuhr

Format 14 × 24 cm, 64 Seiten, Preis DM 6,80

VERLAG WELTARCHIV GMBH

Hamburg 36 · Poststraße 11 · Fernruf 34 47 69

Außenpolitik und Außenhandel spielen bei den Bemühungen, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, eine große Rolle. Man wagt in London kaum, auf eine wirklich erfolgreiche Viererkonferenz zu hoffen und glaubt eher, durch geduldige Kleinarbeit langsam zum Ziel einer internationalen Entspannung gelangen zu können. Der Ausfuhrhandel wird seine Vorrangstellung im englischen Wirtschaftsleben in vollem Umfang behaupten. Die konservative Regierung glaubt, daß sich die Zahlungsbilanz leichter unter expansiven Handelsbedingungen ausgleichen läßt, wobei aber viel, besonders für die erwünschte Wiederherstellung der Sterling-Konvertibilität, von der Einstellung des Dollarraums abhängt. Die erhoffte Aktivierung der Zahlungsbilanz wird zu erhöhten Investitionen im Ausland, vor allem im Commonwealth, ausgenutzt werden.

Die Konservativen gehen an alle diese Probleme mit großem Vertrauen heran, nachdem sich ihre bisherige Wirtschafts- und Außenpolitik als erfolgreich erwiesen hat. Sie sehen große Möglichkeiten für neue Männer und neue Ideen und glauben mit Recht, daß ihnen das Mandat der Wählerschaft volle Autorität für eine kühne und weitschauende Politik gibt. (A.)

Das Ereignis des Monats

Die Note des Kreml mit der Einladung des Bundeskanzlers und anderer Regierungsmitglieder nach Moskau hat in der Weltpresse eine Beachtung erfahren wie nur wenige politische Ereignisse der letzten Jahre. Im Zusammenhang mit den anderen politischen Unternehmungen Moskaus in jüngster Zeit wird damit der Eindruck verstärkt, daß Moskau die Absicht hat, die Initiative des weltpolitischen Handelns an sich zu reißen. Und man muß zugeben, daß die westlichen Mächte nicht viel dazu getan haben, um ihre Initiativfreudigkeit unter Beweis zu stellen. Wenn wir auch wissen, daß es in einem autoritären Staatsregime immer leichter ist als in einer demokratischen Ordnung, durch überraschende Entschlüsse den Eindruck initiativen Handelns zu erwecken, so kann doch die übertriebene Zurückhaltung des Westens leicht dazu führen, daß ihm das Gesetz des Handelns, worauf es in der Politik so sehr ankommt, verloren geht. Man sollte im Westen vielleicht weniger zaghaft damit sein, auch einmal mit originellen Vorschlägen die Weltöffentlichkeit zu überraschen.

Die Gleichgestimmtheit, mit der die Note von allen politischen Parteien der Bundesrepublik aufgenommen worden ist, hat in der Öffentlichkeit einen guten Eindruck hervorgerufen und die Hoffnung erweckt, daß ein gemeinsamer politischer Wille doch noch nicht ausgestorben ist.

Abgesehen von der im Eingang der Note gegebenen politischen Belehrung spricht sie drei Sektoren an, den politischen, den wirtschaftlichen und den kulturellen. Es kann als recht befriedigend erkannt werden, daß mit dem Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik durch Errichtung von diplomatischen Vertretungen in direkter Verbindung von der Lösung der gesamtdeutschen Frage und der Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates gesprochen wird. Vielleicht soll diese unmittelbare Verbindung den möglichen Verdacht zerstreuen, daß in der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu beiden Teilstaaten ein völkerrechtliches Präjudiz für die Verewigung des Status quo geschaffen werden solle. Unser Bestreben wird es sein müssen, diese Verbindung der Wünsche zu einer conditio sine qua non zu machen oder eine Form zu finden, die keine Mißdeutung zuläßt.

Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit sollte aber auch der Wunsch nach wirtschaftlichem Austausch von uns beachtet werden. Tatsächlich wären wir in der Lage, einen großen Teil unseres wirtschaftlichen Warenaustausches mit der Sowjetunion einzusetzen, ohne daß das Gespenst einer gefährlichen Vergrößerung des sowjetischen Potentials an die Wand gemalt zu werden braucht. Diese Intensivierung des Güteraustausches ist von beiderseitigem Nutzen, und wie oft in der Geschichte kann die Integrierung der Wirtschaftsbeziehungen auch zu einer Entspannung der politischen Verhältnisse beitragen. Vielleicht bestände sogar die Möglichkeit, eventuelle Wirtschaftsvertretungen mit diplomatischen Aufgaben zu betrauen, um der Gefahr zu entgehen, selbständige Missionen für beide Teilstaaten zu errichten. (sk)

E. N. Shaffer, Bombay:

Staatssozialismus als Indiens wirtschaftliches Leitmotiv

In den Wahlkämpfen der unabhängigen Republik Indien hat während der vergangenen Jahre die Parole der Sozialisten und Kommunisten, daß der Nationalkongreß, der die zentrale Regierung in Delhi und die aller Staaten der Union bildet, nichts anderes als eine Partei der Kapitalisten sei, eine große (wenn auch, wie die Resultate gezeigt haben, keine ausschlaggebende) Rolle gespielt. Im November vorigen Jahres gab nun Premierminister Nehru, der damals noch Präsident der Kongreßpartei war, die Aufsehen erregende Erklärung ab, daß der zweite Fünfjahresplan, der jetzt für 1956 vorbereitet wird, im Zeichen der sozialistischen Ausrichtung stehen werde. Diese und eine Reihe ähnlicher Verlautbarungen sowie Reden auf der Kongreßtagung im Januar brachten zunächst Verwirrung in das sozialistische Lager. Die einen sind dort der Ansicht, Staatssozialismus sei die einzig richtige Lösung für Indien, und so wäre der Zeitpunkt für die sozialistische Partei gekommen, zum Kongreß, von dem sie sich nach Erlangen der staatlichen Selbständigkeit getrennt hatte, zurückzukehren. Andere, und sie sind offenbar in der Mehrheit, behaupten, wie es die Kommunisten auch tun: „Wir trauen solchen Versprechungen nicht, denn die Kapitalisten, die immer den Kongreß unterstützt haben, werden auch weiterhin in ihm dominieren." Die Kommunisten stellten dieses Argument in den Vordergrund ihrer Propaganda während des Wahlkampfes im Staate Andhra, in dessen politischem Leben sie seit seiner Gründung im Jahre 1951 einen zahlenmäßig starken Faktor bildeten, und es hat ihnen vor wenigen Wochen in Verbindung mit anderen Ursachen eine vernichtende Niederlage eingebracht. Jedoch nicht nur die politische Linke war durch Nehrus Ruf nach Staatssozialismus in Unruhe geraten — Handel und Industrie waren es nicht weniger. Um die gegenwärtige Situation und die Aussichten für die Zukunft